

Europäische Volkspartei beschließt Positionspapier zu EU-Landwirtschaftspolitik	1
Sammelerordnung zu Landarbeitsgesetz 2021 schafft ab Juni Rechtsicherheit	1
Hagelversicherung: Hohe Supermarkt-Dichte verteuert Lebensmittel zusätzlich	2
Getreide: Angst um Eskalation in Ukraine und Abdrücken der Schwarzmeer-Exportader	3
EU-Schweinemarkt: Notierungen entwickeln sich uneinheitlich	5
Mai bis Juli: Hochsaison für Erdbeeren aus Österreich	5
Gahr entschieden gegen Mercosur: Lebensmittelsicherheit hat Vorrang	6
NÖ Bauernbund unterstützt "European Farmers Deal" der EVP	7
Obfrauwechsel bei Bio Austria: Barbara Riegler folgt Gertraud Grabmann nach	9
OÖ: "Open Bauernhof" von 18. bis 21. Mai zeigt Vielfalt der heimischen Landwirtschaft	10

Europäische Volkspartei beschließt Positionspapier zu EU-Landwirtschaftspolitik

Schmiedtbauer: Klares Bekenntnis zu einer Produktion in der Heimat - heftige Reaktionen

Brüssel, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Zum Beschluss der Europäischen Volkspartei (EVP) eines Positionspapiers zur EU-Landwirtschaftspolitik sagte Europaabgeordnete Simone Schmiedtbauer: "Als Europäische Volkspartei bekennen wir uns ganz klar zu einer Produktion von frischen, gesunden Lebensmitteln vor Ort unter den höchsten Qualitäts-, Tierwohl-, Klima- und Umweltstandards in der Heimat. Die utopischen Pläne von Kommissionsvize Timmermanns, die eine Verlagerung der Produktion in Nicht-EU-Länder und eine höhere Importabhängigkeit zur Folge hätten, lehnen wir ab. Wir wollen nicht in die Importfalle tappen, sondern höchste heimische Qualität fördern." Das Positionspapier rief heftige Reaktionen anderer Fraktionen und NGOs hervor. Von einem Generalangriff gegen den Green Deal war etwa die Rede oder, dass die EVP diesen zum Entgleisen bringen wolle.

"Mit den utopischen Reduktionszielen für Pflanzenschutzmittel etwa würde Frans Timmermanns unseren bäuerlichen Familien wichtige Werkzeuge für ihre Arbeit aus der Hand nehmen. Diesen Anschlag auf die europäische Lebensmittelproduktion verurteile ich scharf. Den Preis für eine aufgehübschte EU-Klimabilanz könnten wir bitter mit geschlossenen Hoftüren und Supermärkten voller Lebensmittel 'made-in-Übersee' bezahlen", so aber Schmiedtbauer. Dasselbe gelte für den "fragwürdigen" Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur. Dahinter verstecke sich ein Vorhaben, mit dem Flächen zum Teil der Produktion entzogen werden sollen. "Wie wir die 450 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger dann noch mit heimischen Qualitätserzeugnissen ernähren sollen, bleibt offen", warnt Schmiedtbauer.

Die EVP bekenne sich klar zu einem umfassenden Klima- und Umweltschutz und zum EU-Green-Deal. "Wir müssen aber auch auf den Hausverstand setzen und dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass die Lebensmittelproduktion in Übersee grüner ist, nur, weil sie nicht in unserer Klimabilanz auftaucht. Nirgends gibt es so hohe Klima- und Umweltstandards in der Land- und Forstwirtschaft, wie in Europa. Die Antwort auf die Klimakrise können also nur starke und resiliente heimische Familienbetriebe sein und nicht die Importfalle. Genau das betonen wir in unserem Positionspapier, mit dem wir uns hinter die heimischen Familienbetriebe stellen", sagte Schmiedtbauer. (Schluss)

Sammelverordnung zu Landarbeitsgesetz 2021 schafft ab Juni Rechtsicherheit

Landarbeiterkammertag begrüßt einheitliche Regelungen für gesamtes Bundesgebiet

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Mit 1. Juni 2023 treten, so der Österreichische Landarbeiterkammertag (ÖLAKT), nach langen Verhandlungen des Arbeitsministeriums mit den Sozialpartnern die kürzlich vom Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, Martin Kocher, erlassenen Verordnungen zum Landarbeitsgesetz (LAG) in Kraft. Herzstück der Sammelverordnungen sei die land- und

forstwirtschaftliche Arbeitsstättenverordnung, womit für das gesamte Bundesgebiet ein einheitlicher Mindeststandard für Arbeitsstätten, insbesondere für Arbeits- und Wohnräume, gelte.

Die Sammelverordnung löst die jeweiligen Verordnungen der Länder mit zwar ähnlichen, aber dennoch unterschiedlichen Bestimmungen ab. Diese Zusammenführung der verschiedenen Regelungen sei ein Meilenstein betreffend Rechtssicherheit für Arbeitgeber:innen, Arbeitnehmer:innen, aber auch Betriebsrät:innen. "In land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit bundesländerübergreifenden Niederlassungen herrschen durch die einheitlichen Regelungen endlich Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen", so ÖLAKT-Vorsitzender **Andreas Freistetter**. Mindeststandards etwa bei Bodenflächen oder Raumtemperaturen seien eine eindeutige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. (Schluss)

Hagelversicherung: Hohe Supermarkt-Dichte verteuert Lebensmittel zusätzlich

Ungeordnete Raumplanung "verschandelt" Landschaft

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Anlässlich des bevorstehenden Lebensmittelgipfels am 8. Mai erinnert die Österreichische Hagelversicherung an die hohe Dichte an Supermärkten in Österreich. Laut Hagelversicherung ist dies auch mit ein Grund, warum in Österreich für Lebensmittel im Durchschnitt 14% mehr bezahlt werden muss als in Deutschland, wie aus einer Studie der Europäischen Zentralbank vom April 2023 hervorgeht.

Österreich habe die höchste Anzahl an Supermärkten pro 100.000 Einwohner in der ganzen Europäischen Union. Im Vergleich zu Deutschland gebe es in Österreich 50% mehr Lebensmittelgeschäfte. Das bedeute für 2023 insgesamt 60 Lebensmittelgeschäfte pro 100.000 Einwohner in Österreich, während es in Deutschland nur 40 seien (Quelle: OpenStreetMap, Mai 2023). "Der Erhalt und der Betrieb dieser Verkaufsflächen im Lebensmittelhandel sind gerade auch durch die Energiepreissteigerungen große Kostenfaktoren. Je mehr Märkte, je mehr Verkaufsfläche, desto teurer. Und diese Kosten zahlen am Ende auch die Konsument:innen", so die Hagelversicherung.

Zudem sei Österreich durch die "großzügigen Baugenehmigungen von Supermärkten samt großflächigen Parkplätzen" in den letzten Jahren an den Ortsrändern massiv zubetoniert und die Landschaft somit unwiederbringlich "verschandelt" worden. Gleichzeitig habe diese "Unordnung in der Raumordnung" zum Aussterben der Ortskerne geführt.

"Es ist daher höchste Zeit, diese Verfehlungen in Österreichs Bodenpolitik zu korrigieren. Dies zum Wohle der Natur, zum Wohle unserer Konsumentinnen und Konsumenten und letztendlich auch zum Wohle unserer Bäuerinnen und Bauern, denn die bekommen vom Lebensmittelpreis trotz harter Arbeit den geringsten Anteil", resümiert **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung. (Schluss)

Getreide: Angst um Eskalation in Ukraine und Abdrücken der Schwarzmeer-Exportader

Ukraine-Export stiftet Unfrieden in EU - Einige Regierungen tanzen Brüssel auf der Nase herum

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Nachdem die Getreidemärkte etwa mit einem 19-Monate-Tief des bald auslaufenden Mai-Weizenkontrakts der Euronext in Paris in den Mai gestartet waren, löste Angst um eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges infolge des von Russland behaupteten Drohnenangriffs auf den Kreml eine Gegenbewegung aus. Zudem drückt Russland immer wieder die wichtigste Exportader der Ukraine über das Schwarze Meer ab, sodass dort der Marktdruck steigt und sich in konzentrischen Kreisen über die alternativen Landwege entlang der Solidaritätskorridore in die EU hinein ausbreitet. Dies stiftet Unfrieden und trägt Spaltung in die Unterstützungsfrent der Ukraine hinein. Um einer von den östlichen EU-Mitgliedstaaten ausgehenden Ausbreitung von Marktverwerfungen auf weitere Mitgliedsstaaten zu begegnen, fordern - auch mit Blick auf die kommende, möglicherweise üppige Ernte 2023 - Landwirtschaftskammer, Bauernbund und Agrarhandel ein unionsweites Vorgehen etwa auf Basis von Schutzklauseln. Denn auch der heimische Kassamarkt leidet unter einem Verfall der Preise und Einbruch der Nachfrage.

Auf Vermittlung von UNO und der Türkei finden sich am Freitag dieser Woche Vertreter Russlands und der Ukraine in Istanbul zu Gesprächen über die Verlängerung des nach russischer Lesart am 18. Mai auslaufenden Getreidedeals zum Exportkorridor über das Schwarze Meer ein. Doch mehrten sich zuletzt Beschwerden der ukrainischen Seite, Russland würde durch die Verzögerung der Inspektion von Schiffen oder schikanöse Kontrollen Exporte über das Schwarze Meer de facto abwürgen. Gebetsmühlenartig wiederholte Drohungen Russlands, sich einer Verlängerung des Getreidedeals über Mitte Mai hinaus querzulegen, weil seine eigenen Getreide- und Düngerexporte indirekt durch die Sanktionen des Westens behindert würden, werden hingegen von den Märkten immer weiter beiseitegeschoben. Zudem wirken verbesserte Aussichten für die nahenden Ernten der Nordhalbkugel preisdämpfend.

Ukraine-Export stiftet Unfrieden in EU - Einige Regierungen tanzen Brüssel auf der Nase herum

In der EU, so verlautet aus Branchenkreisen, hapere es an der Umsetzung der diese Woche bekanntgegebenen Verordnung zur temporären Beschränkung ukrainischer Agrarexporte in benachbarte EU-Staaten. Obwohl die Europäische Kommission die Gewährung eines weiteren 100 Mio. Euro schweren Hilfspakets an diese Staaten davon abhängig macht, dass Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei ihre nationalen Handelsbeschränkungen zugunsten der unionsweiten Lösung aufgeben, tanzen einige von ihnen nach wie vor Brüssel auf der Nase herum.

Polen soll die EU-Bestimmung zum Transit ukrainischen Getreides über seine Seehäfen so interpretieren, dass es nur die direkte Verladung von Eisenbahnwagen oder LKW auf das Schiff toleriert, nicht aber die Zwischenlagerung in Hafensilos. In der Praxis ist eine Schiffbeladung technisch aber nur über Silos möglich, sodass Polen den Getreidetransit de facto unterläuft. Gerüchteweise überlege Polen darüber hinaus sogar, die Einfuhr von Getreide aus dem EU-Binnenmarkt nur mehr für den Transit zu gestatten.

Ungarn wiederum soll die Umsetzung der Verordnung zur zeitweiligen Beschränkung gewisser Ukraine-Exporte verweigern und stoppt weiterhin alle Einfuhren. Es gibt an, die EU-Regelung gelte für Kontrakte, die nach dem 2. Mai abgeschlossen werden, diese könnten aber leicht vordatiert werden.

Die Slowakei verbietet die Inverkehrbringung jeglichen ukrainischen Weizens auf ihrem Staatsgebiet, weil in einer Lieferung von 1.500 t an eine slowakische Mühle Rückstände unerlaubter Pflanzenschutzmittel gefunden worden wäre und dies ein Referenzlabor in Dänemark bestätigt habe. Tschechiens Landwirtschaftsminister Zdenek Nekula meinte demgegenüber dieser Tage, praktisch lückenlose Kontrollen von Lieferungen aus der Ukraine auf mehr als 400 Stoffe hätten in seinem Land keinerlei Hinweise auf derartige Rückstände erbracht.

Wie weit dreht Russland die Preisspirale an den Exportmärkten nach unten?

Indes fragt man sich auf den Märkten, wie weit Russland mit seiner Schleuderei die Preisspirale auf den Exportmärkten noch nach unten drehen kann, ehe Produktion und Vermarktung für alle Beteiligten - auch beim Wettbewerb - so unwirtschaftlich werden, dass sie den Betrieb einstellen. Es gebe bereits Hinweise, dass sich das russische Exporttempo verlangsamt. Hinzu kommt die Pikanterie, dass der russische Staat mit der Einhebung von Exportsteuern auf Getreide nach wie vor an den ohnehin mageren Exporterlösen mitschneidet und seine Kriegskassa nährt. So drückte zuletzt die bis 2. Mai geltende Exportsteuer von umgerechnet knapp 63 Euro auf die Tonne Weizen den bei den Exporteuren verbleibenden Verkaufserlös für einen Brotweizen mit 12,5% Protein auf umgerechnet nurmehr gut 170 Euro/t. Dabei würden, so Marktteilnehmer, aktuelle Kurse zwischen 235 und 240 Euro/t für Mahlweizen alter und neuer Ernte an der Euronext schon bald nicht mehr ermöglichen, aktuelle Preise für physische Ware in unseren Breiten durch Hedging abzusichern.

Vom Freitag voriger Woche bis Donnerstag dieser Woche bewegte sich der Schlusskurs des Mai-Weizenkontrakts an der Euronext mit einem zwischenzeitlichen Tief zu Wochenbeginn von 238,50 Euro/t auf 237,25 Euro/t. Der für die neue Ernte stehende und zurzeit am meisten gehandelte September-Weizenfuture beendete den Donnerstag bei 239,75 Euro/t. Mais zur Lieferung im Juni entwickelte sich im Wochenabstand von 233,50 Euro/t zu 229,25 Euro/t und Raps mit Fälligkeit August - also aus Ernte 2023 - von 432,25 auf 438,00 Euro/t.

Weiter nur Handel von Kleinstmengen an österreichischem Kassamarkt

Keine Änderungen am österreichischen Kassamarkt: Weiter sinkende internationale Notierungen und Preise sowie ein reichliches regionales Angebot lassen die Käufer nach wie vor zurücklehnen. Umsätze mit Brot- und Futtergetreide sowie Mais würden sich weiterhin nur auf Kleinstmengen zur Deckung von Restbedarf beschränken. Damit kamen am Mittwoch dieser Woche an der Wiener Produktenbörse keine Notierungen von Brotgetreide oder Mais zustande.

Ebenso blieb der Ölsaatenmarkt ohne Bewegung, wobei regionale Verarbeiter die Quotierungen ungeachtet internationaler Entwicklungen niedriger als in der Woche zuvor ansetzten. Es notierten in Wien auch keine Sojaschrote.

Zur Entwicklung der Bestände der herannahenden Ernte 2023 heißt es, nach den jüngsten ausgiebigen Niederschlägen im April könnte nunmehr sogar eine Rekordernte heraufdämmern. Damit und mit Marktverwerfungen infolge der neuen EU- Transitregelungen für ukrainische

Getreidelieferungen befürchtet der Getreidehandel massive Verwerfungen. Das Bundesgremium des Agrarhandels forderte daraufhin dieser Tage in einem Brief an Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig Sondermaßnahmen auf EU-Ebene zur Stabilisierung der Märkte. Ausdrücklich aber erklärt der Agrarhandel seine Unterstützung für Maßnahmen zugunsten der Ukraine im russischen Angriffskrieg wie die Solidaritätskorridore für eine alternative Vermarktung von Agrarprodukten auf dem Landweg. Auch der Bauernbund sprach sich für Maßnahmen der EU aus. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Notierungen entwickeln sich uneinheitlich

Schleppender Ferkelnachschub in Österreich

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Feiertage und Wetterlage nehmen nicht unerheblich Einfluss auf die Verhältnisse am Schweinefleisch-Markt. Während sich mangels Angebotsdruck z.B. in Deutschland die Notierung seit Wochen unverändert halten kann, hat die französische Notierung unter anderem wegen Feiertagen und Protestdemos in den letzten vier Wochen 20 Cent eingebüßt. Auch in Asien differieren die Märkte stark. Während China von Billigimporten aus Nord- und Südamerika bedrängt wird, konnten dänische Exporteure mit wertvollen Teilstücken am japanischen Markt punkten, was sich in einem Anstieg der im EU-Vergleich eher schwächeren dänischen Notierungen widerspiegelt.

In Österreich geht die erste Maiwoche feiertagsbedingt mit einem minimalen Rest an schlachtreifen Schweinen zu Ende. Der Abfluss der Schlachtschweine läuft aber seit Wochen nach dem Wunsch der Mäster, was das stabile Schlachtgewicht bei 98,6 kg dokumentiert. Weniger zufrieden sind Mäster mit dem Ferkelnachschub, wochenlang leere Mastställe sind keine Seltenheit, berichtet **Johann Schleder**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Am Fleischmarkt sind Impulse seitens der Industrie spürbar, die Produktion von Grillwurstartikeln ist voll angelaufen. Vor diesem Hintergrund war das anhaltend schwache Angebot an der Österreichischen Börse gut zu disponieren, was eine unveränderte Mastschweine-Notierung von 2,39 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,29 Euro) zur Folge hatte. Auch der Ferkelpreis bleibt mit 3,90 Euro/kg wiederum unverändert. (Schluss)

Mai bis Juli: Hochsaison für Erdbeeren aus Österreich

Start der Freiland-Ernte in zwei Wochen

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Die Erdbeer-Ernte im Freiland startet in zwei Wochen. Damit sind bald regionale Erdbeeren erntefrisch in den Regalen erhältlich. Aufgrund der Wetterbedingungen verspricht die Ernte heuer besonders ertragreich zu werden. Eine hohe Wasserqualität und sparsame Beregnungstechniken zeichnen die österreichische Erdbeerproduktion aus.

Heimische Erdbeeren aus dem Glashaus gibt es in kleinen Mengen das ganze Jahr über. In etwa zwei Wochen erhält man endlich auch die ersten frischen, im Freiland geernteten Erdbeeren. Je nach Region wird der Beginn der Ernte zwischen Ende Mai und Mitte Juni erwartet. In der kurzen, von Mai bis Juli andauernden Erdbeersaison, erfreuen sich die roten Früchte bei Konsument:innen großer Beliebtheit. Insgesamt zählen Erdbeeren zu den Top fünf Obstsorten in Österreich: Der Pro-Kopf-Verbrauch liegt bei 3,5 kg pro Jahr.

Beste Voraussetzungen für gute Erdbeersaison

Die süßen Früchte werden mit bester Wasserqualität und mit äußerst sparsamer Beregnungstechnik gezogen. Ein sehr hoher Anteil des Wasserbedarfes kann durch Regen abgedeckt werden. Die Regenfälle der letzten Wochen sorgten für eine gute Wasserverfügbarkeit, die kühle Witterung förderte eine gute Pflanzenversorgung, was für schöne Fruchtgrößen mit gutem Aroma gesorgt hat. In einigen Regionen hat der Frost jedoch vor allem vliesverfrühte Bestände geschädigt. Die darauffolgende und lang andauernde Kälteperiode hat den Vegetationsfortschritt deutlich verzögert und den Saisonstart in einigen Lagen nach hinten verschoben. Nichtsdestotrotz rechnen die Erdbeer-Produzenten heuer mit einer guten, ertragreichen Ernte.

Produktion in Österreich

Die größten Anbauflächen für Erdbeeren befinden sich in Niederösterreich (513 ha Erdbeer-Erwerbsanbau), Oberösterreich (320 ha) und der Steiermark (180 ha). Österreichweit lag die Anbaufläche im Jahr 2022 bei 1.221 ha, auf denen 16.930 t Erdbeeren produziert wurden. Die österreichische Erdbeerproduktion unterliegt mit dem AMA-Gütesiegel strengen Qualitätsstandards und Zertifizierungen. Diese Zertifizierung garantiert hohe Qualität, Nachhaltigkeit und Rückverfolgbarkeit der Produkte. Es gibt derzeit 70 Erdbeer-Produzenten mit AMA-Gütesiegel. Erdbeeren werden in Österreich hauptsächlich im Freiland angebaut. Der Anbau unter Folie ist ebenfalls weit verbreitet, insbesondere in höheren Lagen oder Regionen mit kühlerem Klima. Der Vorteil von Folien: Sie reduzieren das Risiko von Krankheiten, erhöhen den Ertrag und verlängern die Saison.

Marktentwicklung im Lebensmitteleinzelhandel

Laut RollAMA-Daten wurden im Jahr 2022 im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) Erdbeeren im Wert von 62,4 Mio. Euro verkauft (+5% gegenüber 2021). Die abgesetzte Menge lag bei rund 10,7 Mio. t (-7,9%). Diese Entwicklung umfasst alle im österreichischen LEH erhältlichen Erdbeeren - also auch jene aus dem Ausland. Der Selbstversorgungsgrad von Erdbeeren liegt in Österreich laut jüngsten Auswertungen von Statistik Austria und AMA-Marketing bei 39% (Saison 2021/22).

Link zum Bildmaterial: <https://pydio.services.ama.at/owncloud/index.php/s/6LYuUAIVJKXfwdO>
Fotocredits: AMA GENUSS REGION/pov.at. (Schluss) APA OTS 2023-05-05/10:16

Gahr entschieden gegen Mercosur: Lebensmittelsicherheit hat Vorrang

Keine Tauschgeschäfte auf Kosten des Klimas

Wien, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Der Tiroler Bauernbund-Abgeordnete **Hermann Gahr** bekräftigt die deutliche Ablehnung der Bundesregierung gegen ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern Südamerikas. "Leider gab es auf europäischer Ebene aufgrund des Präsidentenwechsels in Brasilien nun eine Kursänderung. Ein neuer Präsident in Brasilien ändert nicht die Ausgangssituation des Freihandelsabkommens. Inhaltlich hat sich im Mercosur-Abkommen

nichts geändert, es gibt keine verpflichtenden Umwelt-, Sozial-, oder Lebensmittelstandards. Deswegen bleiben wir unserer Linie treu und sprechen uns klar gegen das Abkommen aus", stellt Gahr klar.

Bereits seit 1999 verhandelt die EU ein mögliches Abkommen mit den Mercosur-Staaten. "Dabei handelt es sich um ein Abkommen der alten Schule, ohne Nachhaltigkeitskapitel. Gerade in Zeiten des Klimawandels können wir nicht einfach all unsere Prinzipien sowie Umweltziele über Bord werfen. Die europäische Industrie sieht in dem Abkommen große Chancen, da sie Autos, Maschinen und Chemie nach Südamerika verkaufen möchte. Doch im Gegenzug werden Unmengen an landwirtschaftlichen Produkten den europäischen Markt überfluten. Wir tauschen nicht Autos gegen Kühe ein", so Gahr.

Für den Tiroler Abgeordneten ist das Mercosur-Abkommen ein klarer Widerspruch: "Einerseits verschärfen wir in Österreich und Europa die Produktionsbedingungen für die heimischen Bäuerinnen und Bauern und andererseits holen wir mit Freihandelsabkommen Unmengen an landwirtschaftlichen Gütern ohne Auflagen ins Land. Das geht sich für mich nicht aus. Mit dem Abkommen gefährden wir die Lebensmittelsicherheit in Österreich und Europa. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe können mit den Produktionsbedingungen in Südamerika nicht mithalten, außerdem wird es große Verwerfungen an den Märkten geben. Somit verlagern wir die Produktion ins Ausland und machen uns abhängig von ausländischen Importeuren. Wie fatal diese Entwicklung ist, haben wir in den vergangenen Jahren durch die Corona-Krise und den Krieg in der Ukraine gesehen. Nur die Produktion im eigenen Land ist sicher und erfüllt höchste Standards in allen Bereichen. Lebensmittelsicherheit für Österreich hat Vorrang."

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig stelle sich hier klar auf die Seite der heimischen Bäuerinnen und Bauern und behalte die Linie auf EU-Ebene. "Ich bin sehr froh, dass wir mit Norbert Totschnig einen engagierten Kämpfer für die heimische Landwirtschaft an der Seite haben. Auch im Nationalrat haben wir uns klar und deutlich gegen das Mercosur-Abkommen ausgesprochen. Dazu gibt es aufrechte Beschlüsse, dass die Bundesregierung gegen das Freihandelsabkommen stimmen muss. Somit ist klar, Mercosur wird es in dieser Form nicht geben", so Gahr abschließend. (Schluss)

NÖ Bauernbund unterstützt "European Farmers Deal" der EVP

Bäuerliche Familienbetriebe und Produktion in Europa stärken

St. Pölten/Brüssel, 5. Mai 2023 (aiz.info). - Die Europäische Volkspartei (EVP) beschließt heute, Freitag, den sogenannten "European Farmers Deal". Laut NÖ Bauernbund handle es sich dabei um ein "echtes" Manifest für die Bäuerinnen und Bauern". Dieser Farmers Deal sei der "wahre und bessere Green Deal", wird betont. Manfred Weber, Parteivorsitzender der EVP, setze sich für die Erneuerung der Europäischen Union durch starke Regionen und mit den besten Ideen ein. Für Weber bilden die Landwirtschaft und der ländliche Raum das Fundament für ein starkes Europa.

Für viele dieser Punkte habe sich der NÖ Bauernbund bei seinem Arbeitsbesuch in Brüssel vergangenen Dezember Verbündete gesucht, betont die Interessenvertretung. Nun werde in der EVP umgesetzt, was neben dem NÖ Bauernbund auch viele weitere Politiker in Europa aus Sorge um die Versorgungssicherheit gefordert hätten. NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. **Stephan Pernkopf**, der niederösterreichische EU-Abgeordnete und Bauernbündler

Alexander Bernhuber und NÖ Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** sehen die Interessen der Bäuerinnen und Bauern und des ländlichen Raums durch "die starken Pflöcke, die Manfred Weber in der EU-Agrarpolitik mit dem 'Bauern-Manifest' einschlagen wird gut vertreten".

Stunde der Versorgungssicherheit

Nachdem Bernhuber, Chefverhandler der EVP rund um das Thema Pflanzenschutz, den bauernfeindlichen Wünschen von unverhältnismäßigen Reduktionszielen eine Absage erteilt habe, gehe die EVP jetzt noch weiter: "Ohne Alternative für die europäischen Bauern zu derzeit verwendeten Pflanzenschutzmitteln wird die EVP den Plänen nicht zustimmen - Jetzt ist die Stunde der Versorgungssicherheit", heiße es etwa im Grundsatzprogramm.

Bernhuber, der maßgeblich am neuen "Bauern-Manifest" mitgewirkt habe, beschreibt das Programm als "Meilenstein und Paradigmenwechsel" in der europäischen Agrarpolitik und als klares Bekenntnis der EVP zur Versorgungssicherheit.

Zusätzlich wolle die EVP einerseits die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette verbessern und Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb umsetzen und erteile andererseits der EU-Wiederherstellungsverordnung eine klare Absage. Pernkopf und Nemecek nehmen hier klar Stellung und legen ein unmissverständliches Bekenntnis zur Produktion ab: "Die Wiederherstellungsverordnung geht von völlig geänderten Rahmenbedingungen aus, die weder in der Landwirtschaft, im Verkehr noch in der Wirtschaft umzusetzen sind. Leistung erbringen ist notwendig, um den Wohlstand in Europa zu erhalten. Es ist hier der völlig falsche Weg, über neue Steuern und mehr Bürokratie die Versorgungssicherheit mit allem, was wir zum täglichen Leben und Überleben brauchen, wie beispielsweise Energie, Medikamente und natürlich zuallererst mit Lebensmitteln zu gefährden. Leider wird immer wieder vergessen, dass die ökosoziale Marktwirtschaft nur dann funktioniert, wenn auch genügend Leistung erbracht wird, um den Sozialstaat zu erhalten und Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz umzusetzen."

Die aktive Regulierung von Raubtieren wie dem Wolf, wie in der neuen niederösterreichischen Wolfsverordnung umgesetzt, werde ebenso seitens der EVP unterstützt.

NÖ Bauernbund fordert: Schluss mit praxisferner Agrarpolitik

"Vor vier Jahren ist der gesamte NÖ Bauernbund mit Alexander Bernhuber an der Spitze bei der EU-Wahl angetreten, um mehr blau-gelben Hausverstand nach Brüssel zu bringen. Dieses agrarpolitische Manifest ist die Bestätigung unserer Bauernbundforderung, dass die Bedeutung der Versorgungssicherheit in den systemkritischen Bereichen das Gebot der Stunde sowohl in Europa als auch in Österreich ist. Mit diesem Versprechen wird die kommende EU-Wahl zur großen und finalen Richtungsentscheidung in Europa. Wollen wir Hausverstand und Sicherheit oder Abhängigkeiten vom Weltmarkt und praxisferne Entscheidungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln?", zeigen Pernkopf und Nemecek kritisch auf. Bernhuber betont, dass dieses Grundsatzprogramm "ein politisches Versprechen und eine klare Unterstützung der EVP für alle die im ländlichen Raum leben und arbeiten" ist. (Schluss)

Obfrauwechsel bei Bio Austria: Barbara Riegler folgt Gertraud Grabmann nach

Biobäuerin aus Bad Kreuzen/OÖ in Delegiertenversammlung einstimmig gewählt

Wels, 5. Mai 2023 (aiz.info). - **Barbara Riegler** ist die neue Bundesobfrau von Bio-Austria. Die 43-jährige Biobäuerin aus Bad Kreuzen in Oberösterreich wurde bei der Delegiertenversammlung am 4. Mai im Bildungshaus Schloss Puchberg in Wels einstimmig zur Nachfolgerin von **Gertraud Grabmann** gewählt. Grabmann ist nach zwei Amtszeiten und insgesamt acht Jahren als Obfrau statutarisch aus dem Amt ausgeschieden. Riegler absolvierte an der FH Wieselburg den Studiengang Produkt- und Projektmanagement für Food und führt zusammen mit ihrem Mann Helmut eine 35 ha große Biolandwirtschaft mit Bio-Mutterkuhhaltung, Bio-Legehennen, Bio-Wildmasthendl (Hofschlachtung) und Bio-Schweinehaltung sowie der Spezialkultur Öllein. Die Lebensmittel werden in der Direktvermarktung, vorwiegend im eigenen Hofladen, vertrieben. Barbara und Helmut Riegler haben gemeinsam vier Kinder. Der Hof der Familie ist zudem ein "Schule am Bio-Bauernhof"-Betrieb.

"Ich bedanke mich bei den Delegierten von Bio Austria für das erwiesene Vertrauen in mich und sehe der herausfordernden Aufgabe mit Freude entgegen. Ich werde mich mit ganzer Kraft für die Biobäuerinnen und Biobauern und den Verband einsetzen. Bei meiner Vorgängerin Gertraud Grabmann bedanke ich mich namens der Mitgliedsbetriebe herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz für die Bio-Landwirtschaft in Österreich, den sie in den letzten acht Jahren stets mit voller Hingabe und mit ganzem Herzen geleistet hat", betonte Riegler anlässlich ihrer Wahl.

"Ich freue mich, dass Barbara Riegler heute die überwältigende Zustimmung und damit das Mandat der Delegierten erhalten hat, die Interessen der Bio-Landwirtschaft zu vertreten. Sie wird diese Funktion bestens ausfüllen, davon bin ich überzeugt. Und ich wünsche ihr das Beste und viel Erfolg", sagte Grabmann, und weiter: "Es ist erfreulich, dass mit ihr erneut eine Frau die Geschicke von Bio Austria leiten wird. Frauen sind oft das Rückgrat auf den Höfen, sie halten Familie und Betrieb zusammen und leisten dabei enorm viel, oft im Hintergrund. Es ist daher wichtig und notwendig, dass sie öfter und zahlreicher sichtbare Rollen in der Landwirtschaft und deren Vertretung übernehmen. Mir bleibt nun noch, mich bei allen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern im Verband und außerhalb für die gute Zusammenarbeit und die gemeinsame Arbeit zu bedanken. Ich übergebe den Hof Bio Austria heute mit Dankbarkeit und Zufriedenheit", so Grabmann, die von den Delegierten mit großem Applaus verabschiedet wurde.

In den Bundesvorstand von Bio Austria wurden weiters gewählt: Thomas Gschier (Obfrau Stellvertreter; Steiermark), Kaspar Kohler (Vbg.), Monika Greier (Tirol), Johann Kreschischnig jun. (Kärnten), Ulrike Gangl (Salzburg), Johannes Liebl (OÖ), Otto Gasselich (NÖ/Wien), Zeno Piatti (NÖ/Wien), Georg Prantl (Burgenland), Simon Zwatz (Vertreter Bio Austria Next Generation - BANG), Helga Bernold (Vertreterin Netzwerkverbände), Georg Gerharter (Vertreter Netzwerkverbände).
(Schluss)

OÖ: "Open Bauernhof" von 18. bis 21. Mai zeigt Vielfalt der heimischen Landwirtschaft

Jungbauernschaft: Es geht um eine ehrliche Darstellung

Linz, 5. Mai 2023 (aiz.info). - In Oberösterreich öffnen auch heuer wieder Bäuerinnen und Bauern ihre Hofstore, um interessierten Personen die Landwirtschaft im direkten Kontakt zu vermitteln. Die von der oberösterreichischen Jungbauernschaft durchgeführte Aktion "Open Bauernhof" findet von 18. bis 21. Mai 2023 im gesamten Bundesland statt. Es geht dabei um eine ehrliche Darstellung der österreichischen Landwirtschaft, die nichts mit sprechenden Ferkeln und von Tierrechts-Organisationen skandalisierten Bildern zu tun hätte. "Diese Beispiele spiegeln weder die heimische Landwirtschaft wider, noch die hart arbeitenden Bäuerinnen und Bauern", betont die OÖ Jungbauernschaft. Gleichzeitig seien immer weniger Personen in der Landwirtschaft tätig, weshalb auch das Wissen darüber sinke.

Über 15 Betriebe in ganz Oberösterreich nehmen heuer an "Open Bauernhof" teil. Während die einen Betriebe ausgewählte Gruppen (z.B. einen örtlichen Verein) einladen, organisieren die anderen öffentliche Veranstaltungen für die breite Gesellschaft.

"Wir Bäuerinnen und Bauern wissen, wie vielfältig Oberösterreichs Landwirtschaft ist. Von Schweinebetrieben über Rinder- und Hühnerställen zu Urlaub am Bauernhof: Kein Betrieb gleicht dem anderen, und das ist gut so. Mit dem Tag der offenen Bauernhofs 'Open Bauernhof' haben wir Landwirte es selbst in der Hand, die heimische Landwirtschaft zu zeigen, wie sie wirklich ist", zeigt sich OÖ Jungbauernlandesobmann **Christian Lang** von der Fülle der bäuerlichen Betriebsformen begeistert.

Gemeinsames Ziel: Die Landwirtschaft begreifbar machen

Das Programm der "Open Bauernhof"-Betriebe ist vielfältig und lädt zum Mitmachen ein. Man kann gemeinsam in Popping Spargel stechen, bei der Eröffnung eines Bienenlehrpfads in Franking Einblicke in die Honigherstellung bekommen oder oberösterreichische Edelpilze in St. Georgen an der Gusen verkosten. Auch Besichtigungen von Rinder- und Schweineställen stehen am Programm.

Warum **Markus Scharner** seine Pforten zu seiner Pilzmanufaktur öffnet, erklärt er wie folgt: "Als Betrieb möchten wir den Konsumentinnen und Konsumenten einen Einblick in die Landwirtschaft geben und sie darüber aufklären, wie wir Pilze produzieren." Die Familie Scharner war bereits 2022 bei "Open Bauernhof" dabei und konnte erfolgreich über ihre Produkte informieren und neue Kunden gewinnen. "Ich kann nur jede und jeden dazu aufrufen, die Gelegenheit von Open Bauernhof zu nutzen und sich selbst ein Bild von der Vielfalt der heimischen Landwirtschaft zu machen! Wir Bäuerinnen und Bauern sind offen für einen ehrlichen Austausch mit der Gesellschaft", so der Appell Scharners. (Schluss)